Nuscha 5 Kuruztur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzere)

Aylık	Türk Lirası	1.50	RM.	5.-
3 aylık	"	4.25	"	13.-
6 aylık	"	8.-	"	25.-
Bir senelik	"	15.-	"	50.-

Yahud mahkabil
Pazarları başta her gün çıkaz

İdarehanesi:
Beyoğlu, Cernaal sokak 7
Telgraf adresi: Türkpost
Telefon: 44.606
Posta Kutusu: İstanbul 1269

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Kuruz

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	Tpl. 1.50	RM. 5.-
" 3 Monate	" 4.25	" 13.-
" 6 Monate	" 8.-	" 25.-
" 12 Monate	" 15.-	" 50.-

oder Gegenwert
Erscheint täglich außer Sonntage

Geschäftsleitung:
Beyoğlu, Cernaal sokak 7
Druckanstalt: Türkpost
Fernsprecher: 44.606
Postfach: İstanbul 1269

Probleme um den Völkerbund

Mdh. Universalität und Aktionsfähigkeit des Völkerbundes sind zwei Fragen, die aufs Engste zusammengehören und die seit langem die internationale Öffentlichkeit beschäftigt haben. Die Genfer Institution wäre erst dann vollkommen, wenn beide Probleme ganz gelöst wären. Bis zum heutigen Tage ist dies jedoch nicht der Fall. Zwei Lager müssen in diesem Zusammenhang unterschieden werden: Einmal die Verteidiger der Universalität auf Kosten der Aktionsfähigkeit, zweitens die entgegengesetzte Richtung, die eine straffe Organisation des Bundes auf Kosten der Universalität wünscht.

Was die Universalität anbetrifft, so ist festzustellen, daß sie im Laufe der Jahre immer stärkere Einbußen erlitten hat. Waren schon bei der Gründung des Völkerbundes die Vereinigten Staaten von Nordamerika außerhalb dieses internationalen Rahmens geblieben, so haben die nachfolgenden Jahre immer größere Brechen in die Völkerbundfront geschlagen. Es sei an dieser Stelle nur an den Austritt Deutschlands und Japans erinnert. Auch Italien hat sich seit dem äthiopischen Konflikt mehr und mehr von Genf zurückgezogen, wenn es auch offiziell auf seinen Austritt verzichtet hat. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Aufnahme anfänglich noch nicht im Völkerbunde vertretenen Staaten diese Lücken nicht auszugleichen hat.

Zur Zeit läßt sich in keiner Weise übersehen, welche von den beiden oben erwähnten Strömungen — Forderung der Universalität einerseits und Ausgestaltung der Aktionsfähigkeit andererseits — das Feld behaupten werden, zumal in Erwägung gezogen werden muß, daß neben diesen Bestrebungen auch noch andere Richtungen, wie beispielsweise die der regionalen Aufteilung der Völkerbundinteressen immer mehr an Ansehen gewinnen.

Von diesem allgemeinen Gesichtspunkt aus betrachtet, konnte die Mitteilung nicht überraschen, daß sich der Ausschuss für die Völkerbundsreform, der vor kurzem zu einer Sitzung zusammengetreten war, vertagt hat. Der Ausschuss, der die Frage der Wirksamgestaltung des Völkerbunds zu prüfen hat, kann trotzdem das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, ein Ergebnis erzielt zu haben, das dazu angetan ist, einige Klarheit in den vielfachen Fragenkomplex gebracht zu haben. Es ist ihm gelungen, die wichtigsten Artikel ausfindig zu machen, die bisher schuld daran waren, daß der Völkerbund noch nicht den ihm gestellten Aufgaben in vollem Umfang gerecht geworden ist.

Es handelt sich in erster Linie um drei Artikel, die den Kern der Völkerbundsreform bilden. Das Hauptgewicht legt der Ausschuss auf Artikel 19, der die Überprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge, deren Aufrechterhaltung den Frieden gefährden könnten, vorsieht. Mindestens ebenso wichtig ist Artikel 11, der jedem Mitgliedsstaat das Recht gibt, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die Tatsachen zu lenken, die den Frieden und das harmonische Einvernehmen der Völker untereinander stören könnten. Auf das Engste mit diesen beiden Satzungen hängt Artikel 16 zusammen, der die wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen gegen den Angreiferstaat festlegt.

Gewiß wäre es verkehrt zu glauben, daß allein mit dieser Feststellung praktische Ergebnisse in Bezug auf die Schlagkräftigkeit des Völkerbundes erzielt werden könnten, dies umso weniger, als sich der Ausschuss für die Völkerbundsreform davor gehütet hat, sich auf irgendeine Richtung für die Lösung der zur Erörterung stehenden Probleme zu verstellen. Viel wäre zweifellos schon dadurch gewonnen, daß die in Fluß geratenen Fragen nicht wieder außer Acht gelassen würden. Der Bericht des Ausschusses hat in eindringlicher Weise gezeigt, daß die starre Beibehaltung des status quo verhängnisvolle Auswirkungen nach sich ziehen müßte, und es ist bereits ein Schritt vorwärts, daß die in dem Ausschuss vertretenen Staaten von der Notwendigkeit überzeugt sind, die Genfer Einrichtung der Entwicklung an-

Saracoglu erläutert die aussenpolitische Lage

Die türkischen Sandschak-Forderungen — Bericht über die Pariser Verhandlungen

Ankara, 29. Dezember (A.A.)
Vom Fraktionsvorsitzenden der Republikanischen Volkspartei

Die Fraktion der Volkspartei hat heute unter dem Vorsitz des Fraktionsvorsitzenden Hasan Saka (Trabzon) zusammengekommen.

Der stellvertretende Außenminister, Justizminister Sükrü Saracoglu, ergreift als erster das Wort und gab eine Erklärung über die Außenpolitik ab.

Er stellte als ersten Punkt die jugoslawisch-bulgarischen Verhandlungen über den Abschluß eines Freundschafts- und geschäftlichen Abkommens und gab Erläuterungen hierzu.

Zweitens gab er Auskunft über das Mittelmeerabkommen und betonte, daß das türkische Außenministerium diese Verhandlungen aus der Nähe und wachsam verfolgte. Vorläufig seien irgendwelche Besorgnisse unangebracht. Man erwarte von diesen Verhandlungen eine Festigung der Sicherheit im Mittelmeer-Raum.

Sükrü Saracoglu kam dann auf die Lage in Antakya und Iskenderun zu sprechen, und führte die wichtigsten Abschnitte aus dem Bericht des türkischen Generalkonsuls in Beirut über das Ergebnis seiner Untersuchungen im Sandschak an. Diese Erklärungen wurden von der Fraktion mit großem Interesse entgegengenommen.

Sükrü Saracoglu ging dann ausführlich auf den Beschluß des Völkerbundes über den Sandschak und die Besprechungen unserer auf Einladung der französischen Regierung nach Paris gereisten Abordnung ein und erläuterte den Vorschlag, den Dr. Aras unter Vorbehalt der nachträglichen Billigung durch die republikanische Regierung der französischen Regierung gemacht hatte:

- Die vollständige Unabhängigkeit des Sandschak.
- Die Bildung eines Staatenbundes zwischen Syrien, dem Libanon und dem unabhängigen Sandschak.
- Entmilitarisierung des Sandschak.
- Die Schaffung der Eisenbahnkombination durch Verpachtung eines Teiles des Hafens von Alexandrette an die Türkei.

Minister Sükrü Saracoglu hob hervor, daß auf diesen Vorschlag hin die beiden Teile das Schwergewicht der Verhandlungen auf einen Punkt gelegt haben, und daß die Franzosen Dr. Aras gegenüber, der auf der vollständigen Unabhängigkeit bestand, erklärt haben, daß unter der Bedingung der Aufrechterhaltung der Zugehörigkeit des Sandschak zu Syrien die erweiterte Selbstverwaltung des Sandschak in Frage kommen kann. Da sich die beiden Parteien über den Kern der Frage nicht einigen konnten und beide ihren Standpunkt aufrechterhielten, mußten die Besprechungen unterbrochen werden.

Nach Unterbrechung der Verhandlungen habe Dr. Aras bis zum Tage seiner Abreise aus Paris mit verschiedenen französischen Staatsmännern, u. a. auch mit Ministerpräsident Blum, Unterredungen gehabt und den türkischen Standpunkt mit zahlreichen Persönlichkeiten erörtert.

Der Abgeordnete von Eskişehir, Yusuf Ziya Özal, und der Abgeordnete von Manisa, Hüseyin, ergreifen nach den Erklärungen des stellvertretenden Außenministers das Wort und drücken ihre Besorgnis über die jugoslawisch-bulgarische Verständigung hinsichtlich des Balkanpaktes aus.

Minister Sükrü Saracoglu erwiderte, daß die Verständigung zwischen diesen beiden benachbarten Ländern keinesfalls eine Ursache zur Entkräftung des Balkanpaktes sei. Es sei im Gegenteil zu hoffen, daß diese Verständigung vom Gesichtspunkt des Friedens und der Förderung der allgemeinen Verständigung auf dem Balkan zu einem neuen Element der Beruhigung werde.

Dampfer „Palos“ wieder freigelassen

Berlin, 29. Dezember (A.A.)
Der deutsche Dampfer „Palos“ ist von spanischen Behörden auf eine Anforderung des Kreuzers „Königsberg“ hin freigelassen worden und setzt seine Reise fort.

Bericht von den Fronten

Madrid, 29. Dezember (A.A.)
Der Havas-Berichterstatter teilt mit: Der gestrige Tag verlief ruhig. Die republikanischen Flugzeuge bombardierten die Stellungen der Aufständischen im Abschnitt von Casa del Campo, wo die Schlacht am Sonntag am heftigsten war. Das genaue Ergebnis der Schlacht läßt sich im Augenblick noch nicht feststellen. Im Abschnitt von Uera befestigten die republikanischen Truppen die am Sonntag eroberten Stellungen.

Salamanca, 29. Dez. (A.A.)
Der Heeresbericht der nationalistischen Streitkräfte teilt mit, daß der feindliche Angriff an der Front von Truel gescheitert ist. 3.000 Angeworbene der Militärs wurden getötet, 2.000 Gefangene wurden 5 Tanks erbeutet.

An der Malaga-Front wurde ein Angriff der republikanischen Streitkräfte abgeschlagen. Der Feind ließ 20 Tote auf dem Kampfplatz zurück.

An der Front von Cordoba setzten wir unsere Vormarsch fort. Die Militärs verloren bei einem zurückgewiesenen Angriff 70 Tote.

Der britische Geschäftsträger in Madrid wird am Donnerstag auf Weisung des Foreign Office nach Valencia abreisen. Das englische Außenamt wünscht, daß der Vertreter Großbritanniens in unmittelbarer Fühlung mit der republikanischen Regierung steht.

Das englische Konsulat wird in Madrid bleiben.

Genf, 29. Dezember (A.A.)
Die spanische Regierung in Valencia hat dem Völkerbund eine Denkschrift zugehen lassen, in der die Zusammenarbeit der Völkerbundsmitglieder bezüglich der Hilfemaßnahmen der zivilen Bevölkerung und der Räumung Madrids von den Personen, die sich in die Gesundheitschancen und Botenchaften geflüchtet haben, gefordert wird.

Ismet Inönü spricht

Dann bestieg Ministerpräsident Ismet Inönü die Tribüne und entwickelte seine mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Ansichten und Betrachtungen über die wirtschaftliche und landwirtschaftliche Lage des Landes. Er hat um die beschleunigte Verabschiedung der mit diesen Angelegenheiten zusammenhängenden und den Ausschüssen der Großen Nationalversammlung vorgelegten Gesetzentwürfe.

Den weiteren Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten werden wir in unserer morgigen Ausgabe bringen.

Ciano für enge Verbindung zwischen Italien und Deutschland

Berlin, 29. Dezember (A.A.)
Der italienische Außenminister Graf Ciano erklärte in Rom dem Vertreter des „Völkischen Beobachters“:

USA. liefert Flugzeuge nach Spanien

Das Staatsdepartement in Washington erteilt die Ausfuhrerlaubnis für die Absendung von 10 Flugzeugen und 411 Flugzeugmotoren über Bilbao an die spanische Regierung.

Es ist jedoch möglich, daß der amerikanische Kongreß das Neutralitätsgesetz, das auch auf Bürgerkriege angewandt wird, anändert, so daß die Ausfuhrerlaubnis für ungültig erklärt würde.

Londoner Besorgnisse

London, 30. Dezember.
Die Nachricht von der bevorstehenden Lieferung von Kriegsmaterial aus Amerika an die spanische Regierung hat in London beträchtliches Aufsehen und eine gewisse Besorgnis hervorgerufen. Die amtlichen englischen Kreise lehnen vorläufig noch jede Stellungnahme zu dieser Lieferung, die einen Wert von drei Millionen Dollar darstellt, mit der Begründung ab, daß noch kein Bericht des britischen Botschafters aus Washington vorliege.

Man gibt jedoch in London der Erwartung Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten von sich aus alles tun werden, was in ihren Kräften steht, um diese Waffenlieferung zu verhindern.

Noch keine Antwort in der englischen Hauptstadt

London, 29. Dezember (A.A.)
Berlin, Rom, Lissabon und Moskau haben noch nicht auf den Schritt der englischen und französischen Regierung hinsichtlich der Frage der Entsendung der Freiwilligen nach Spanien geantwortet, obwohl England auf die Dringlichkeit einer Entscheidung hingewiesen hat.

In den politischen Kreisen Englands hebt man hervor, daß bis jetzt noch kein Bericht über das Ergebnis des französisch-englischen Schrittes eingegangen ist. Weiter erklärt man, es sei wünschenswert, daß ein allgemeines Verbot bezüglich der Entsendung von Freiwilligen nach Spanien schon Anfang Januar in Kraft treten würde.

Bedeutsame Fraktionssitzung der Volkspartei — Irgendwelche Besorgnisse unangebracht

Aufsehenerregende Verhaftungen in Paris
Italiens Außenminister über den friedlichen Wiederaufbau Europas

Waffenschieber-Skandal in Paris

Paris, 29. Dezember (A.A.)
Vor einiger Zeit hat bekanntlich eine Angelegenheit verbotenem Waffenhandels zur Verhaftung eines litauischen Waffenschleppers namens Michael Rosenfeld, sowie zur Verhaftung einer Beamtin des französischen Außenamtes namens Susanne Linder geführt.

Am Montag wurde nun eine neuerliche Verhaftung vorgenommen, und zwar aus den gleichen Gründen. Es handelt sich um einen gewissen Samuel Fratkae, der wegen Benutzung falscher Pässe und verborbener Rückfahrtsanträge verurteilt wurde.

Fratkiae soll der Geldgeber der Bande gewesen sein. Er schloß mit französischen und ausländischen Waffenzulieferern Lieferungsverträge ab. Die Bande zahlte bei diesen Geschäften große Provisionen, deren Höhe häufig in die zehn Millionen ging. Die Beamtin Linder soll die Verbindungen Rosenfelds zu Kunden erleichtert und auch Aktenstücke gefälscht haben.

Frankreichs Wirtschaftslage im englischen Urteil

Die englischen Finanzkreise verfolgen aufmerksam die wirtschaftliche Lage in Frankreich, die sie optimistisch beurteilen.

„The Economist“ findet, daß der Fehlbetrag des französischen Staatshaushalts normal sei. Die Zeitschrift schreibt:

„Seitdem die Deflationspolitik gescheitert und durch die Abwertung und Inflation ersetzt ist, ist die Dauer eines bedeutenden Fehlbetrages für eine gewisse Zeit unvermeidlich, vor allen Dingen dann, wenn gleichzeitig ungeheure Unkosten für die Aufrüstung in Rechnung gestellt werden müssen.“

England beschleunigt seine Aufrüstung

London, 29. Dezember (A.A.)
Zu Beginn des Jahres 1937 ist eine Beschleunigung des englischen Aufrüstungsprogrammes vorgesehen. Dieses Programm wird um 100 Millionen Pfund Sterling das von 1936 übersteigern. Zunächst ist vorgesehen, daß die britische Regierung sofort Aufträge in Höhe von ungefähr 30 Millionen verleiht. Diese Aufträge umfassen in erster Linie zwei Linienschiffe, 5 Kreuzer, ein Flugzeugmuttergeschiff, 18 Zerstörer und 6 U-Boote.

Weiter ist für 1937 der Bau von 2.000 Flugzeugen und die Vollendung der industriellen Aufrüstung des Landes im Kriegsfall vorgesehen.

Neujahrsempfang in der Deutschen Botschaft

Der deutsche Botschafter und Frau von Keller sind am Neujahrstag zwischen 11 und 13 Uhr zu Hause, um die deutschen Volksgenossen, die sie aus Anlaß des Jahreswechsels besuchen wollen, zu empfangen.

Neujahrsempfang auf dem Deutschen Generalkonsulat

Der deutsche Generalkonsul und Frau Topke bitten uns mitzuteilen, daß sie für die Volksgenossen am 1. Januar von 12-13 Uhr zu Hause sein werden.

Kurzmeldungen vom Tage

Hitler hat seine Ferien unterbrochen und wird an dem Begräbnis des Generals von Seeckt, das in Berlin stattfindet, teilnehmen.

Der Gesundheitszustand des Papstes hat sich seit gestern verschlechtert.

Aus London wird gemeldet, daß beschlossen worden ist, 4.000 Soldaten, die kürzlich nach Palästina beordert worden sind, zurückzuberufen, da in Palästina der normale Zustand wieder eingetreten ist.

Der französische Staatsanzeiger veröffentlicht die Ergebnisse der Volksabstimmung in Frankreich und Algerien im Jahre 1936. Danach hat Frankreich 41.905.968 und Algerien 7.234.694 Einwohner.

Aufgrund eines Protokolls, das vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und dem Führer der sowjetrussischen Handelsabordnung in Berlin unterschrieben wurde, ist der deutsch-russische Handelsvertrag um ein Jahr verlängert worden.

In einer Mitteilung kündigt der Führer des deutschen Arbeiternetzes, General Konstantin Hierl, an, daß die Gesamtarbeit der deutschen Arbeiterschlachten gemäß den Weisungen des Führers innerhalb von 2 1/2 Jahren um 50% erhöht werde.

zusammen und sich keinen Illusionen mehr hingeben, die mehr oder weniger nur noch geschichtlichen Wert haben. Wie viele Meinungsverschiedenheiten einander gegenüberstehen, erhellt ein Vergleich der Schriftstücke, die von den verschiedenen Mitgliedsstaaten über die Frage der Völkerbundsreform eingegangen sind. Zwar fehlt es nicht an guten Hinweisen auf unbedingt notwendige Verbesserungen einzelner Völkerbundsatzungen, doch ist die Zeit noch nicht gekommen, wo ein allzu großer Optimismus hinsichtlich einer baldigen Einigung am Platze wäre. Die Regelung des wunden-

sten Punktes der Völkerbundsatzungen, — es handelt sich um die Sanktionsartikel — beruht gerade auf dem Dilemma der Universalität und der Aktionsfähigkeit der Genfer Einrichtungen.

Zieht man aus der Vergangenheit die Lehre, dann läßt sich ganz allgemein sagen, daß der Völkerbund in seinem Bestreben, seine Aktionsfähigkeit und damit seine Universalität vollkommener zu gestalten, nicht nur dem Angreifer eine geschlossene Front entgegenstellen muß, sondern er muß auch sein Hauptaugenmerk darauf richten, über einen vorübergehenden und kriegsverhütenden Organis-

mus zu verfügen, der den Angriff als solchen im Keime erstickt. Erst wenn sich diese Erkenntnis bei allen Mitgliedsstaaten durchgedrungen hat, dann ist auch die Gewähr gegeben, daß die so dringende Reform von Erfolg gekrönt wird. Vielleicht besteht in diesem Fall darüber hinaus die Möglichkeit, daß die ausgeschwundenen Staaten wieder Vertrauen zum Völkerbund fassen und tatkräftig an einer Institution mitarbeiten, die an und für sich einem hohen Gedanken entspringen ist, in der harten Wirklichkeit jedoch der ihr übertragenen Aufgabe noch nicht gerecht werden konnte.

Wir wollen das alte Jahr nicht beschließen, ohne unseren Lesern unseren neuen Roman zu bieten, der sie mit Spannung ins neue Jahr hinüberleiten soll. Er heißt

FAHRT OHNE ZIEL

Von Andreas Poltzer.

Wir beginnen mit dem Abdruck am kommenden Donnerstag, dem 31. Dezember.